

Bezugspreise:
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zustellung 7,50 Mark, vierteljährlich
22,50 Mk., durch die Post monatlich
23,25 Mk., vierteljährlich 24,75 Mk.,
einjährlich 96,00 Mk., einschließlich
Einsendungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen. Im
Umsatz. Zeichnungsverzeichnis unter
Quellenangabe, Halle-Zeitung ge-
kennzeichnet. Ferner der Schriftleitung Nr.
1140, der Postverwaltung Nr. 1103
u. 1133, der Bezugs-Abt. Nr. 1133

Morgen-Ausgabe.

Volks-Zeitung

Sechshundertfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 6 gepaltene 34 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,
Samstagsanzeigen 40 Pf., Resttagen
die 22 mm breite Millimeterzeile
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle in sämtliche
Anzeigenverträge. Erfüllungsort
Halle. Erscheinung täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schriftleitung und Haupt-
Geschäftsstelle: Halle, Neue Prome-
nade 14, St. Braunhauser 17.
Rebber-Geschäftsstelle: Große
Weißstraße 32 und Markt 24.
Postfach-Konto Leipzig Nr. 228 154

Nr. 413.

Halle, Sonntag, den 4. September 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

Briand vor dem Sturz?

ii. Paris, den 1. September 1921.

Man schreibt es schon durch alle Gassen und hört bereits das Echo aus der schweizerisch-französischen Presse: Briand vor dem Sturz? Schon während der letzten Pariser Konferenz des Obersten Rates flüchtete man sich zu, daß im oberösterreichischen Matfisch Lloyd George—Briand der französische Premier den kürzesten Weg werden und müsse. Diesmal fällt tatsächlich die englische Regierung besser gearbeitet und sich der stillen Hinterschleichen-Arbeit befleißigt, während Briand und seine Helfershelfer in Presse und Parlament zu sehr auf dem öffentlichen Markte die Haltung Frankreichs hinausposaunen. Lloyd George ließ den gallischen Hahn nach Herzenslust krähen, während die englische Diplomatie sorgsam ihre feine Seide nach Washington und vor allem nach Rom spannen. Dazu kam, daß Lloyd George mit der Wucht des gesamten britischen Imperiums, also auch beschwert mit dem Votum der Dominions im Obersten Rat in Paris auftreten konnte und auch dementsprechend aufgetreten ist, nicht etwa Deutschland zuliebe, sondern um Frankreich zu zeigen, daß dessen Machtgelüsten von Britannien nicht jeder Lauf gelassen wird.

Nach der Niederlage, die Briand im oberösterreichischen Problem in Paris unstrittig gegenüber Lloyd George hinnehmen mußte, war das unbedingte Vertrauen zu diesem Staatspremier erschüttert. Briand versuchte es durch die ihm willfährige Presse, die öffentliche Meinung Frankreichs zu bearbeiten. Es sei nur daran erinnert, daß die Sozialordnungsblätter erklärten, der Völkerbundrat habe nur ein Gutachten auszusprechen und keine Entscheidung zu fällen. Als diese Bombe versagte, kam ein zweites, die mit der Bize gefüllt war, Frankreich werde sich nur einem einstimmigen Beschluß des Völkerbundes fügen.

Nun, da die Entscheidung in Genf in einigen Wochen fallen wird, beginnen jene französischen Machtpolitiker offenbar ihre Kräfte gegen Briand auszuspielen, aber nicht in der Pariser, sondern, was besonders beachtenswert ist, in der Schweizer Presse. Beachtenswert deshalb, weil die Entscheidung des Völkerbundesrates in der Schweiz, in Genf, fallen wird und muß. Die „Gazette de Lausanne“ ist schon ausgesprochen worden, um den ersten großen und schärfsten Vorstoß gegen Briand zu unternehmen, und ihm klar zu machen, daß das Vertrauen in ihn erschüttert ist. Die französischen Machtpolitiker haben bereits einen Kandidaten und zwar keinen anderen als — Poincaré.

Die Gazette de Lausanne beginnt ihren Vorstoß, indem sie darlegt, daß die französische Regierung, soll bestehen, Briand keine gute Orientierung mehr hat. Zum Beweis wird auf die englische und italienische Presse verwiesen, die der französischen Regierung händelwürdige Vorwürfe vorwerfen. Schon finden sich auch in französischen Wäutern zunächst fallende und schließlich ansteigende Briand in der Form, daß zu beweisen versucht wird, er sei bei europäischen Räten, die ihm die Weltpolitik Frankreichs übertragen habe, nicht mehr gewachsen. Damit der erste Vorstoß nicht scheitert, wird Briand in seinem politischen Ehrgeiz trifft, wird sein Vertrauen in der europäischen Räte nicht so sehr auf Schwäche und Unschlüssigkeit als auf Unkenntnis zurückgeführt.

Man sieht, das alte in Frankreich jedesmal wiederkehrende Spiel, wenn ein Premierminister gestürzt werden soll, das Spiel nämlich, daß er gegen die Vorgänger und gegen führende Staatsmänner der Alliierten ausgespielt wird. Milorand und Logoues werden gegenüber Briand als starke Männer und hervorragende Kenner weltpolitischer Fragen hingestellt und mit einer Art verdächtigen Vorwürfen von Briand behauptet, er sei merklich vom geraden Weg abgewichen. Daß das nur Spiegelschmeichelei ist, weiß man in Paris genau so gut wie in London, Washington, Berlin und Rom. Plötzlich wird Briand als schwerste Sünde, steile Nachgiebigkeit vorgeworfen. Dabei war bis zur letzten Pariser Konferenz doch Briand gegenüber Lloyd George immer der Unnachgiebige. Es braucht nur an jene Etappe erinnert zu werden, wo in Paris schließlich jenes schamlose Diktat siegte, das dann in dem Londoner Ultimatum seine Auswirkung und Realisierung fand. Auf einmal wird Milorand als der stärkere Mann Lloyd George gegenüber geltend gemacht.

Vergessen ist plötzlich, womit man Briand begrüßte, als er in den Quai d'Orsay einzog, jene Begrüßung nämlich, die in den Satz gelaufen war: Briand und Lloyd George sind zwei Ketten und ihre Charaktere gleichen sich. Es werden sich sehr gut zu Gunsten der beiden Länder, die sie vertreten, verständigen. Die Anhänger eines Ministeriums Poincaré erhoben immer lauter ihre Stimme. Die internationale Lage hat sich zu Ungunsten Frankreichs verschärft. Darüber ist man sich auch in Pariser Kreisen, die Minister hören und hören, nicht mehr im Unklaren. Die führende Stellung Frankreichs in Kleinostasien ist von England und Italien, die sogar von Griechenland in den Hintergrund gedrängt. Ein Royal regiert in Bagdad und eine Regierung von Anzota führt eine Sprache gegen Frankreich, die in Paris als froh bezeichnet wird. Und am Rhein der ewigen Sehnsucht der Deutschen, Konflikt über Konflikt. Auf den Genfer Völkerbundrat setzt man in Frankreich nicht mehr all zu viel Hoffnungen. Man glaubt, daß Lloyd Ge-

orge und Bonomi das oberösterreichische Spiel in Genf gewinnen werden. Schon sind die Totengräber an der Arbeit, um Briand das Grab als Ministerpräsident zu schaufeln. Von der Schweiz her kühlt bereits sein politisches Sterbegeld ein.

Sitzung des Ueberwachungs Ausschusses.

Entspannung zwischen dem Reich und Bayern.

Der Ueberwachungs Ausschuss des Reichstages legte heute die Beratungen über die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern fort. Abg. Berger (Kaper. Volkspartei) begründete Momente der sich anbahnenden Beruhigung und Entspannung in den Beziehungen zwischen dem Reich und Bayern. Was den bayerischen Ausnahmezustand betreffe, so sei dieser absolut nicht verfassungswidrig. Er habe lediglich den Zweck, die Gewalt zu betämpfen, komme sie von links oder rechts; aber es sei unmöglich, von Berlin aus die Zustände in Bayern zu meistern. Die Verschärfung der Spannung sei eine unvermeidliche Nachwirkung der Ueberunitarisierung der Reichsverfassung.

Reichszwanzler Dr. Wirth

erwiderte u. a.: Der Abg. Berger hat insbesondere behauptet, daß die Verhältnisse in Bayern durch den Belagerungszustand als notwendig dargelegt sei. Ich darf ihm ein Wort überreichen, das mir vorhin übergeben worden ist. Dieses Wort, das in München die Erlaubnis zum Anschlag bekam, richtet sich gegen einen Toten und beginnt mit den Worten: „National sozialistische Arbeiterpartei! Erzberger ist tot, Deutschland hält sich in Zaum. Warum?“ Dann kommen 22 Angriffe gegen Erzberger. Es heißt z. B.: „Erzberger unterliegt in Spa den unversöhnlichen Friedensverträgen, gibt aber der Nation von 34 Punkten nur 15 bekannt.“ Das ist doch vollkommener Unsinn. Erzberger war gar nicht in Spa. Weiter heißt es in dem Anschlag, daß Erzberger eigenmächtig den Franzosen 100 Milliarden Goldmark anbiete. Dabei war Erzberger gar nicht in Versailles. So wird also Unsinn auf Unsinn gehäuft, so daß jedes politische Kind sich sagen muß, daß alles nur Schmähung gegen einen Toten sein soll. Ich schreibe dieses Krampf mit der Frage an den Abg. Berger, ob er behaupten will, hier sei bei der Verfassung, die er für notwendig hält, nicht mit doppeltem Maße gemessen worden. In dieser Beziehung liegt noch reiches Material aus München vor. Aber ich will persönliche Worte sprechen. Wir wollen die Angelegenheit friedlich zu Ende führen. Der Schritt, von dem hier gesprochen wurde, ist bereits erfolgt. Wir haben bereits gestern mittag eine Besprechung mit den beauftragten Herren aus Bayern gehabt. Es waren anwesend: Staatssekretär Schuler, Generalmajor Berger und als Beobachter der bayerischen Koalitionsparteien der demokratische Abgeordnete Dr. Ditt.

Wir haben die Gesamtange, wie sie sich im Reich und in Bayern ergeben hat, eingehend und sachlich miteinander besprochen. Alle drei Herren aus Bayern teilten mir mit, daß sie gerne bereit seien, so fort in Verhandlungen mit dem bekannten Ziel einzutreten, es stellte sich aber bei der Besprechung heraus, daß doch auch eine Reihe von Mißverständnissen vorhanden sind, die erklärlich sind, weil die Verständigungsbestimmungen zur Berordnung des Reichspräsidenten bei den Herren aus Bayern noch nicht bekannt waren. Es ist notwendig, diese Ausführungsbestimmungen mit den Herren in allen Einzelheiten durchzusprechen und auch dem bayerischen Staatsministerium Gelegenheit zu geben, zu ihnen Stellung zu nehmen. Ich glaube auch, sagen zu dürfen, daß die nach der geführten Besprechung noch vorhandenen Differenzen nach meiner Auffassung gegenüber der großen Frage, die zur Disposition steht, soweit zurückgehen, daß es merkwürdig zugehen müßte, wenn man nicht rasch zu einer Einigung kommen könnte. Infolgedessen habe ich den Herren aus Bayern noch nicht bekannt gemacht, daß die bayerische Staatsregierung ungeduldig in den kommenden Tagen auf Grund des Berichtes, den die Herren in München erstatten wollen, zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen soll und daß wir dann Anfang nächster Woche hier in Berlin wieder zusammenkommen wollen, um, wie ich hoffe, die Beratungen zu einem guten Ende zu bringen. Die bayerischen Herren haben dieser meinen Anregung zugestimmt, und werden sich spätestens am Mittwoch zu dieser Beratung mit uns wieder zusammenfinden. Ich glaube bestimmt, daß wir mit einem guten Ende kommen werden, und möchte besonders hervorheben, daß die bayerischen Koalitionsparteien mitempfunden, diese Verhandlungen zu fördern. Ich wäre deshalb dem Ausschuss sehr dankbar, wenn er im Hinblick auf diese Verhandlungen, die ja die Sache nur um wenige Tage hinausziehen können, von einer Beschlußfassung heute absehen möchte.

Das bayerische Ministerium des Innern hat nunmehr verboten, daß Straßenplakate, die Versammlungen unfriedlich, andere als rein sachliche Angaben über Ort und Zeit, Veranstaltung, Thema und Redner der Versammlung enthalten. Dasselbe Blatt erfährt nun zu fähiger Stelle, daß in den Mitteilungen über die Zusammenziehung größerer Zusammenkünfte in wahren Worten. Die in und um Berlin stationierten Truppen befinden sich entweder in ihren Garnisonen oder auch auf ihren regelmäßigen Uebungen.

Die Oberschlesien-Frage vor dem Völkerbund.

In seinem Beiratsartikel schreibt „Daily Telegraph“, es scheint, daß die Karten, auf die sich der Oberste Rat bei der Erörterung der oberösterreichischen Frage hängte und die er dem Völkerbunde unterbreitete, in wichtigen Einzelheiten vollständig seien. Einige Bezirke in Oberschlesien mit großer politischer Wichtigkeit seien auf diesen Karten als überliegend deutsch bezeichnet gewesen und umgekehrt. Das Blatt schreibt, solche Dinge hätten in der erhitzen Atmosphäre von Lemberg, Paris und London vorkommen können. Wenn sich China, Spanien, Brasilien und Belgien an die Arbeit machten, würden sie zuverlässigere Dokumente vor sich haben.

Um die Wiesbadener Abmachungen.

Wie die französische „Liberte“ erfahren haben will, scheint der Ministerrat kein Wegeswegs geneigt zu sein, das Abkommen vom 13. August zu ratifizieren. Sollte ein solcher Beschluß zustande kommen, so wird er nicht veröffentlicht werden. Die französische Regierung will zuvor die britische, italienische, belgische und japanische Regierung unterrichten.

Die deutsch-französischen Verhandlungen in Wiesbaden haben Anlaß zu einem Notennachspiel zwischen England und Frankreich gegeben, da sich Belgien an England wandte mit der Frage, ob das belgische Prioritätsrecht durch den in Wiesbaden geschlossenen deutsch-französischen Vertrag gefährdet werde. Im Außenministerium ist man bezüglich des Zustandekommens des Vertrages der Meinung, daß die französische Regierung eigenmächtig gehandelt habe. Die französische Regierung hat keinem der Verbündeten von dem Vertrag offiziell Kenntnis gegeben. Das Außenministerium wird die Angelegenheit der nächsten Kabinettsitzung zur Beratung unterbreiten, die aber erst Mitte des Monats stattfinden wird, da die augenblicklichen Zusammenkünfte der Minister sich nur mit der irischen Frage beschäftigen.

Frankreich sucht neue Wege.

Betroffen von der grausamen Tatsache, daß Frankreich gemäß den finanziellen Vorschriften der internationalen Kommission vom 13. Aug. von der ersten deutschen Goldmarkarde nicht erfüllt wird, hat der Ministerrat einstimmig die Ansicht, daß neue Verhandlungen möglich seien. Die Auslegungen, die sich auf gewisse Klauseln des Vertrages und des Uebereinkommens von Spa beziehen, werden als Verhandlungsbaßis dienen. In unterrichteten Kreisen bemerkt man, daß die Franzosen und die deutsche Ansicht über den Wert der Saargruben hart auseinandergelassen, was es unmöglich mache, diese Werte auf das Reparationskonto zu buchen, obgleich Frankreich ein Interesse daran habe, die Saargruben rasig eine Rechnung auszubuchen. Wenn wirklich eine gezielte, ernüchterte Abklärung zustande kommt, so würden doch die gleichen Schwierigkeiten wieder über die Abklärung der Schiffe bestehen. Man denkt zur Lösung dieser Frage nicht daran, dem Obersten Rat zu Hilfe zu nehmen, sondern ist der Meinung, daß die in der Frage unterrichteten Minister eine neue Sitzung in London abhalten können, auf der Doumer und Loudeur Frankreich vertreten werden.

Die Saarfrage vor dem Völkerbund.

In einer vom Sekretariat des Völkerbundes gemachten Mitteilung heißt es: In einer Note vom 4. Juli 1921 teilte der Präsident der Regierungskommission des Saarlandes mit, daß die deutsche Regierung sich dem Wächter des Vertrags bedens an das internationale Abkommen über den Transport der Eisenbahnen (Berner Konvention) widersetze und sich das saarländische Eisenbahnen der Regierung gegenüber im Zustande tatsächlicher Untertänigkeit befinde. Die deutsche Regierung ihrerseits erklärt, daß, obwohl Deutschland auf seine Regierungsbestimmungen im Saargebiet verzichtet habe, dies Gebiet kein unabhängiger Staat sei, sondern weiterhin einen Teil Deutschlands bilde und unter Deutschlands Souveränität stehe. Nur Staaten könnten Abkommen beitragen, also nicht das Industriegebiet. Außerdem wider diese Beitritt überflüssig, da das Reichsgebiet, das die Berner Konvention als deutsches Gebiet vertritt, laut Friedensvertrag im Saargebiet in Kraft bleibe. Die Regierungskommission macht geltend, daß die Bestimmungen der Berner Konvention nicht gelten, daß die Eisenbahnen, die für den Eisenbahnbetrieb befreit, befreit würde, wenn sie nicht der Konvention beitreten können. Insbesondere würden die Transporte vom Saarland nach Deutschland gegenwärtig nicht als internationaler Betrieb angesehen, sondern seien den inneren deutschen Betrieb unterworfen. Nach der deutschen Reichsregierung sollen nur die deutschen Strecken zwischen den Saarstationen und den Stationen des deutschen Gebietes befreit werden. So muß z. B. Rohle von Saarbrücken nach Rehl auf einer deutschen Linie unter Ausschluß jedes anderen Beförderer befreit werden, was in dem betreffenden Falle im Hinblick auf den direkten Weg durch Elsfeld-Lothringen die Entfernung beinahe verdoppelt. Da es sich um Transportprobleme handelt, machte der Generalsekretär die beratende und technische Vorkommission des Völkerbundes auf der letzten Tagung in Genf Ende Juli auf diese Frage aufmerksam. Die Vorkommission hat eine Unterkommission eingesetzt, die von der Initiative es erforschen, die

Frage prüfen wird. Sie wird der Gesamtkommission Bericht erstatten. Nur der Beschluß der Gesamtkommission wird an den Rat gelangen.

Alarmnachrichten über eine Flucht des Kaisers.

Der Intrigant an brachte eine Sensationsmeldung aus Luzin. Danach verbreitete eine dortige Agentur die Nachricht, Erzkaiser Wilhelm sei aus Doorn mittels eines Fluges entflohen. Natürlich wäre eine solche Flucht, wenn sie stattgefunden hätte, auf anderem Wege als gerade über Luzin bekannt geworden, und so tut man heute so, als wenn die Tatzennachricht des „Intriganten“ eigentlich — deutschen Ursprungs wäre. Im Anschluß an die gestrige Meldung verbreitet die Radio-Agenur heute folgenden, angeblich frankfurter Telegramm: „Das Gerücht, daß der frühere Kaiser Schloß Doorn verlassen habe und im Flugzeug nach einem noch unbestimmten Ziel entkommen sei, fällt sich hartnäckig, wenn es auch noch nicht bestätigt ist. Die Sache erheben sich und mag die Kunde davon sein, daß wegen des Lones irgendwelche Beschlüsse fällig gemacht wird, steht schon dem Kaiser wieder auf dem Thron seiner Väter. Wie man sieht, muß man die Ereignisse aufmerksamer verfolgen, und vielleicht kann uns schon der kommende Tag unerwartete und sensationelle Nachrichten bringen.“

Die „Daily Mail“ demontiert ausdrücklich das Gerücht von einer angeblichen Flucht des früheren Kaisers aus Hans Doorn. Die Nachricht scheint in italienischen Kreisen zuerst aufgetaucht zu sein.

Aufhebung der Reichsfleischstelle.

Da die seit Wiedereinführung der freien Wirtschaft für Schlachtfleisch eingetretene günstige Entwicklung der heimischen Fleischverarbeitung eine weitere Verbeibaltung einer besonderen Fleischstelle für die Zwecke der Überwachung der Fleischverarbeitung entbehrlich erscheinen läßt, verfügt der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft die Aufhebung der Reichsfleischstelle und Verwaltschaftung zum 1. Oktober. Die Aufgaben gehen auf das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft über.

Deutsches Reich.

Von der nordischen Woche in Åbo. Zu einer hochbedeutsamen Veranstaltung gelangte sich gestern die Versammlung deutscher und nordischer Frauen im Verjensehale des Rathhauses. Führende Frauenorganisationen Deutschlands und der nordischen Reiche hatten Vertreterinnen entsandt. Zu dem Thema: „Die Mitarbeit der Frau zur Verbesserung der Welt“ sprach zunächst Frau Prof. Minna Petersen-Kopenhagen. Die von der Westküste gezeichnete Frau fordert jetzt, nachdem man jahrhundertlang die Macht auf den Thron erhoben habe, daß an ihre Stelle die Liebe und Mütterlichkeit trete. Das ewig-Weibliche sei nicht mehr eine Utopie, sondern ein Evangelium. In dem Augenblicke, wo sich alle Frauen der Welt in Solidarität und Mütterlichkeit zusammenschließen, sei ein Krieg unmöglich geworden. Wenn die Frau nicht mehr nur Frau, sondern denkendes Wesen sei, werde Staat und Gesellschaft mit der Reifeit geklärt sein, mit der Kraft der Mütterlichkeit, die dem menschlichen Geschlecht innewohnt. Nach dem von hohem Optimismus getragenen und lühnlich begünstigten Ausführungen der dänischen Rednerin ergriff Frau Ministerialdirektor Dr. Gertrud Bäumer das Wort. Sie dankte der Rednerin für ihr Versehen, das sie als Neutrale dem Erlebnis der deutschen Frauen in den schicksalsschweren Jahren des Krieges entgegenbrachte. In Überführung der Macht, in Gier nach individuellem Erfolge und individuellem Gewinne, in dem Gangeschleiß von inneren Hemmungen, in der Verwahrlosung auf alle Verhältnisse hin Frau, in der tiefsten Grund dieser Weltkrise, die durch die Hilfslosigkeit der Frau überdauern werden müsse. Nach dem Vortrage Frau Bäumers folgten Dankesworte der Vertreterin deutscher und nordischer Frauenorganisationen. Sie füllten den anregungsreichen Vormittag an. dessen Auswirkung wie die der ganzen nordischen Woche nach dem Worte des Reichspräsidenten nicht nur an geschichtlichen Erinnerungen zu reichen Dankeswort, sondern auch dem Vaterlande und dem eigenen gemeinlichen Norden zufließen kommen würde.

Dem Fest in der Vesperstunde des Rathhauses folgte mittags die Eröffnung des neuen Aufstiegs an Bismarckdenkmal im Kongressgarten. Die reich besetzte Aufstellung gab ein erlauchtes Bild von der Leistungsfähigkeit von Åbo's Industrie und Handel. Anschließend daran fand im Rathsaal auf Einladung des Senats ein Frühstück statt.

Bei der im Rahmen der nordischen Woche veranstalteten Zusammenkunft von Pressevertretern aus den nordischen Ländern mit deutschen Pressevertretern fand eine rege Aussprache über die Organisationen der Presse in den einzelnen Ländern statt. Der geschäftsführende Direktor des Reichsverbandes der deutschen Presse gab einen Überblick über die Organisation. Presseattachés Larsen schilderte die Zustände in der dänischen Presse. — Weitere Redner sprachen über die Organisation der schwedischen und norwegischen Presse. — Friedmann-Holthoff forderte Stipendien für Auslandsreisen zur Ausbildung von Austauschredakteuren. Nach einem gemeinsamen Frühstück fand ein Dampferausflug nach Travemünde statt. Auf der Dampfer wurde im Kurhaus zu Travemünde das Wahl eingeleitet, wozu u. a. auch der Präsident des Deutschen Reichstages, Loh, eingetroffen war. Loh hielt eine Ansprache, worin er darauf hinwies, daß der Erfolg der nordischen Woche angeht die regen Betheiligung aus den nordischen Ländern sowie auch aus Deutschland nicht mehr in Frage stehe. Allenfalls, und zwar nicht nur in den Ländern der im Kriege unterlegenen Völker, herrsche ein lebhaftes Verlangen nach Produktion und Arbeit, und nur durch sie könne die alte, durch den Krieg zerrissene Verbindung wiederhergestellt werden. Leider heile sich allen Bemühungen noch immer die schlechte Palata und die noch herrschende Rechtsunsicherheit entgegen. Nur auf dem Boden einer Verständigung könne eine Gefahrung erwartet werden. Im Namen der deutschen Volksgemeinschaft begrüße er die Veranstaltung, die geeignet sei, im Interesse deutscher Kultur und deutscher Wirtschaft wertvolle Dienste zu leisten.

Die Vereinigung Großhändler Zeitungsdirektoren trat heute zu einer außerordentlichen Tagung zusammen, um zu der Verordnung der Reichsregierung vom 29. August 1921 und dem auf Grund der Verordnung erfolgten Verbot von Zeitungen Stellung zu nehmen. Die V. G. Z. hat sich für verpflichtet, die Reichsregierung darauf aufmerk-

sam zu machen, daß das Verbot von Zeitungen und Zeitdrucken ein: wirtschaftliche Schädigung nicht nur des Unternehmens, sondern auch seiner realistischen Mitarbeiter, der Angestellten und Arbeiterschaft bedeuten kann. Die V. G. Z. empfiehlt es als Verletzung des allgemeinen Rechtsempfindens, daß ein so schwerer wirtschaftlicher Eingriff ohne hinlänglichen Grund, ja sogar ohne die Möglichkeit zur Geltendmachung eines Entschädigungsanspruches bei unzureichender Anwendung der Verordnungsregelungen erfolgen kann.

Auslands-Rundschau.

Das diplomatische Kapsel in Peking hat der chinesischen Regierung eine Note wegen der kürzlich von Soldaten in Richtung beangrenzten Provinzen überreicht, wobei ausländische Interessen geschädigt wurden. In der Note wird gefordert, daß die chinesische Regierung eine Wiederkehr derartiger Unordnungen verhindern. Wenn sich die Unordnungen wiederholten, so müsse das diplomatische Korps den Militärs dieser neuen Unordnungen das Recht, in die ausmündigen Kommissionsgebiete zu flüchten, verweigern. Die Mächte behalten sich außerdem vor, Schadenersatz zu verlangen, falls sich die Unruhen wiederholen.

Halle und Umgebung.

Halle, den 4. September 1921.

Versammlung der Kohlenverbraucher in der Handelskammer.

Der Deutsche Braunkohlenindustrieverein hatte eine Anzahl Reichstags- und Landtagsabgeordnete, die Handelskammer Mitteldeutschlands, die Handels- und Landwirtschaftskammer, den Verband der Metallindustriellen, Vertreter der Verbrauchvereine aus den verschiedenen Zweigen der Industrie und des Handels, die Kaiser, Schloßers aus Schmiedelmann, die holländische Freile und den Landbau-Sachsen-Anhalt, dessen Kommissar einer Aussprache über das neue Kohlensteuergesetz eingeladen. Die Versammlung fand 11 Uhr mittags in der heutigen Handelskammer statt.

In Verbindung Generaldirektor Wirtschaftshalle, des Vorstehenden des Braunkohlenindustrievereins, leitete Herr Generaldirektor B. H. Köhler die Versammlung. Nachdem er die Anwesenden begrüßt hatte, erließ er Herrn Direktor Schmidt-Krupa das Wort zu einem einleitenden Rede.

Der Vortragende ging aus von dem am 20. Juli 1920 vom Reichstag bei der Verabschiedung des Gesetzes, betreffend die Ermäßigung der Güllsteuern des Kohlensteuergesetzes bis zum 31. März 1921 gestellten Entschluß über die Kohlensteuerhebung. Zwecks Vermeidung der Steuer ist daraufhin seitens des Reichstages ein umfangreiches Material gesammelt und eine Denkschrift darüber ausgearbeitet worden. Als Ergebnis der Aussprache über diese Denkschrift ist mit Zustimmung des Reichstages und Reichspräsidenten der Finanzminister ermächtigt worden, für die Erhebung der Steuer für ein Jahr, besonders unzulässig geachtete Bezirke zu ermäßigen.

Das neue Kohlensteuergesetz, das nach dem Verbot des Reichstags zur Verabschiedung vorliegen wird, sieht nun eine Erhöhung der Kohlensteuer von 20 auf 30 Proz. vor. Dabei soll allerdings der Reichsfinanzminister ermächtigt sein, die Steuer bis auf 25 Proz. zu ermäßigen. Der Kohlensteuergesetz der vom Reichstagesentscheidet worden ist, hat sich einigend mit dem Kohlensteuergesetz befaßt und seine Kameradschaft vor allem vier Punkten abgestimmt:

1. der Erhöhung der Steuer auf 20 Proz.,
2. der Einführung eines leichten Steuerzolls,
3. der Erhebung der Steuer durch den Reichsstaatsverband in Verbindung mit den Syndikaten, also der Errichtung von Steueremissionen,
4. der loyalen Veredelung der Kohlensteuer, das heißt ihre Anhebung an den Verbrauchswert.

Von all diesen Vorschlägen kann nur der vierte geachtet werden, und es sind deshalb folgende vier Forderungen aufgestellt worden:

1. Die geplante Erhöhung der Kohlensteuer darf nicht durchgeachtet werden.
2. Ein leichtes Steuerzoll darf nicht eingeführt werden.
3. Die Kohlensteuer darf nicht durch den Reichsstaatsverband in Verbindung mit den Syndikaten, das heißt also durch Steueremissionen erhoben werden.
4. Die Veranlagung der Steuer nach dem Gebrauchswert der Kohle muß eingeführt werden.

Eine jede Erhöhung der Kohlensteuer wird eine Verteuerung der industriellen Produktion und die Erhöhung der Kohlensteuer durch den Verbrauchswert wird eine Verteuerung der Kohlensteuer durch den Verbrauchswert. Die Punkte 2 und 3 lassen sich nicht auseinander trennen, denn eine Erhöhung der Steuer durch Sondattale kann nur eingeführt werden, wenn die Erhöhung der Kohlensteuer durch den Verbrauchswert ist. Eine Annullation der Steuererhöhung hat der Reichstag, das viele Einzelheiten nicht berücksichtigt werden können. Deshalb kann nicht von dem Grundabgesehen werden, daß die Steuer am Gewinnort erhoben werden muß. Der Gehalt der Erhöhung der Steuer durch die Sondattale ist unzulässig.

Die Einführung eines leichten Steuerzolls jedoch ist einseitig unzulässig. Selbstverständlich liegt die Erhebung eines Steuerzolls in Höhe von etwa 9 Milliarden, oder je geplant ist, im Interesse des Reiches. In diesem Plan liegt jedoch eine Ungerechtigkeit gegenüber den Provinzen, deren Kohle fast insofern höhere Gebührgelosten teuer steht, eine Ungerechtigkeit auch gegenüber den Verbrauchern dieser Kohle. Die Erhebung eines so hohen Steuerzolls würde beinahe Kämpfe in der Kohlenwirtschaft herbeiführen. Die Steuer kann nicht von der Produktion, sondern nur vom Abgabe erzielt werden; aber mit einem Rückgang des Abgabes muß erachtet werden, daß die Erhöhung der Kohlensteuer entgegengesetzte betriebswirtschaftliche wird. Die Einführung des Steuerzolls ist eine Gefahr, da sie eine automatische Verbilligung der Steuer mit der Lieferung bedeutet. Das dürfte doppelt verhängnisvoll werden gerade bei schwachen Preisen, wie wir sie heute in der Kohlenwirtschaft haben.

Der oberste Vorschlag, die Sondattale und den Reichsstaatsverband zu Trägern der Steuer zu machen, ist nicht scheinbar eine Vereinfachung der Steuerhebung. Bisher ist jedes Verfrachter der Steuer gewesen; das ist entschieden die günstigste Lösung. Die Verbraucher müssen einle in der Abhebung der Sondattale und der Einführung eines leichten Steuerzolls. Verordnungsrechner der Kohlensteuer, wie sie in dem in der nächsten Zeit zu verabschiedenden Gesetze erwähnt sind, sind schon anlässlich der Verabschiedung des Gesetzes betreffend die Ermäßigung der Güllsteuern des Kohlensteuergesetzes bis zum 31. März 1921 zur Sprache gebracht worden. Vom Standpunkt der Reichsfinanzminister hat sich die Ansicht des Gesetzes, den Wert der Kohle nach ihrem Preis anzusetzen nicht einmütig angenommen. Das galt auch noch im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes. Jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre 1917, bei Erlass des Kohlensteuergesetzes, jetzt liegen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Der Wirtschaft hat eine Erhöhung der Gebührgelosten der Kohle zur Folge gehabt, diese sind ihren Abnehmer in der Erhebung der Kohlensteuer nicht ansetzen nicht einmütig angenommen. Das hat sich im Jahre

wenigsten erneuert werden. Vor allem sei wünschenswert, daß endlich die neue Verfassung zustande kommt; denn der alte habe nicht mehr die nötige Flexibilität.

Bundestag der Wagenbauer und Stellmacher.

Am Sonntagvormittag 10 Uhr nahen die Verhandlungen unter Leitung des Vorsitzenden, Herrn Obermeister Tiller, ihren Anfang. Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden, besonders die Ehrenmitglieder der hiesigen Vereinigung Obermeister Kästle, und die Vertreter der Presse. Auch Herr Dr. Schmitt, bisher nicht angeschlossen war, ist durch Obermeister Kästle in den Verhandlungen aufgenommen worden.

Aus dem Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß das vergangene Jahr ein zufriedenstellendes gewesen ist. Vielfache Beschäftigung gewährten die Wiederaufbauarbeiten. Im Frühjahr dieses Jahres machten indessen Arbeitsstörungen vorzuziehen. Die hohen Holzpreise ließen auch die Ergebnisse des Stellmachergewerbes hoch. Der Mitgliederbestand betrug zur Zeit 5000. Auch in Döhringen hat der Bund Fuß gefaßt können. Der Vorsitzende reiste als Sachverständiger der Reichs-Handelkammerkommission ins besetzte Gebiet, die Interessen der Wagenbauer wahrzunehmen.

Der Reichsverband hat die Anträge ein für die Aufrechterhaltung der jetzigen Form der Meisterliste. Bei Gelegenheit der Vorbereitungen des Gesamtversammlungsbez. die Neuorganisation wurde auf die Forderung des „Schmideparagraphen“ hingewiesen. Die Eingabe der Holzpreise an das Reichsministerium ist in der nächsten Sitzung zu behandeln. Zur Lösung der Stellung der Güttelsticker ist mandatarisch berichtet worden, leider nur ohne Erfolg. Der Bericht wurde in der vorliegenden Sitzung angenommen.

Die vorgeschlagenen Satzungsänderungen wurden von der Versammlung gutgeheißen. Herr Obermeister Kästle wurde zum Ehrenmitglied des Bundes ernannt. Herr Dr. Schmitt wurde zum Ehrenmitglied ernannt. Herr Dr. Schmitt wurde zum Ehrenmitglied ernannt.

1906 waren 24 000, 1914 44 000 Genossenschaften in Deutschland vorhanden. Es gehören 49 Millionen Personen an. Das Stellmachergewerbe hatte bisher nur wenige Genossenschaften aufzuweisen; das Holzgewerbe war bisher nur mit 78 Genossenschaften vertreten. — Neben dem Zweck der Bildung solcher Organisationen auch für das Stellmachergewerbe und dementsprechend die Anbahnung nachheriger Beschäftigung. Der Bundestag erkennt die Notwendigkeit der Genossenschaftlichen Organisation an, empfiehlt seinen angeschlossenen Korporationen und Einzelmitgliedern die Mitgliedschaft bei bestehenden genossenschaftlichen Kreditorganisationen, soweit noch nicht geschehen, zu erwerben und zusammenzuführen, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse sich dazu eignen und auch geeignete Persönlichkeiten vorhanden sind, zu bilden.

Der Reichsverband hat die Anträge ein für die Aufrechterhaltung der jetzigen Form der Meisterliste. Bei Gelegenheit der Vorbereitungen des Gesamtversammlungsbez. die Neuorganisation wurde auf die Forderung des „Schmideparagraphen“ hingewiesen. Die Eingabe der Holzpreise an das Reichsministerium ist in der nächsten Sitzung zu behandeln. Zur Lösung der Stellung der Güttelsticker ist mandatarisch berichtet worden, leider nur ohne Erfolg. Der Bericht wurde in der vorliegenden Sitzung angenommen.

Die vorgeschlagenen Satzungsänderungen wurden von der Versammlung gutgeheißen. Herr Obermeister Kästle wurde zum Ehrenmitglied des Bundes ernannt. Herr Dr. Schmitt wurde zum Ehrenmitglied ernannt.

1906 waren 24 000, 1914 44 000 Genossenschaften in Deutschland vorhanden. Es gehören 49 Millionen Personen an. Das Stellmachergewerbe hatte bisher nur wenige Genossenschaften aufzuweisen; das Holzgewerbe war bisher nur mit 78 Genossenschaften vertreten. — Neben dem Zweck der Bildung solcher Organisationen auch für das Stellmachergewerbe und dementsprechend die Anbahnung nachheriger Beschäftigung. Der Bundestag erkennt die Notwendigkeit der Genossenschaftlichen Organisation an, empfiehlt seinen angeschlossenen Korporationen und Einzelmitgliedern die Mitgliedschaft bei bestehenden genossenschaftlichen Kreditorganisationen, soweit noch nicht geschehen, zu erwerben und zusammenzuführen, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse sich dazu eignen und auch geeignete Persönlichkeiten vorhanden sind, zu bilden.

Die zur Freilegung der endgültigen Fassung eingesetzte Kommission erstattet dem Bundestag, hinsichtlich der Frage der Meisterregeln die Mitteilung der Ergebnisse und der Resultate auszuführen. Die Mitteilung der Ergebnisse und der Resultate auszuführen. Die Mitteilung der Ergebnisse und der Resultate auszuführen.

Die vorgeschlagenen Satzungsänderungen wurden von der Versammlung gutgeheißen. Herr Obermeister Kästle wurde zum Ehrenmitglied des Bundes ernannt. Herr Dr. Schmitt wurde zum Ehrenmitglied ernannt.

Die vorgeschlagenen Satzungsänderungen wurden von der Versammlung gutgeheißen. Herr Obermeister Kästle wurde zum Ehrenmitglied des Bundes ernannt. Herr Dr. Schmitt wurde zum Ehrenmitglied ernannt.

Die vorgeschlagenen Satzungsänderungen wurden von der Versammlung gutgeheißen. Herr Obermeister Kästle wurde zum Ehrenmitglied des Bundes ernannt. Herr Dr. Schmitt wurde zum Ehrenmitglied ernannt.

Die vorgeschlagenen Satzungsänderungen wurden von der Versammlung gutgeheißen. Herr Obermeister Kästle wurde zum Ehrenmitglied des Bundes ernannt. Herr Dr. Schmitt wurde zum Ehrenmitglied ernannt.

Die vorgeschlagenen Satzungsänderungen wurden von der Versammlung gutgeheißen. Herr Obermeister Kästle wurde zum Ehrenmitglied des Bundes ernannt. Herr Dr. Schmitt wurde zum Ehrenmitglied ernannt.

Die vorgeschlagenen Satzungsänderungen wurden von der Versammlung gutgeheißen. Herr Obermeister Kästle wurde zum Ehrenmitglied des Bundes ernannt. Herr Dr. Schmitt wurde zum Ehrenmitglied ernannt.

Die vorgeschlagenen Satzungsänderungen wurden von der Versammlung gutgeheißen. Herr Obermeister Kästle wurde zum Ehrenmitglied des Bundes ernannt. Herr Dr. Schmitt wurde zum Ehrenmitglied ernannt.

Wolff hat erklärt sich im übrigen die Erhöhung in beträchtlichen Grenzen. Die Kollegien sind vom 8. auf 10. März, also um 25 Prozent für die Semesterkurse erhöht; die bisher vorkommenden sehr niedrigen Semestergebühren und im allgemeinen auch die sonst erheblichen Gebühren für Immatrikulation, Benutzung der Bibliothek und dergleichen sind herabgesetzt worden. Der einzelne Student wird im Semester voraussichtlich nicht mehr als 100 Mark mehr aufzuwenden haben, eine Summe, die angesichts der sehr hohen, im Jahre auf 6 bis 7000 Mark zu schätzenden Gesamtstudienkosten wohl keine entscheidende Mehrbelastung darstellt.

Die Unterrichtsverwaltung hat es sich angelegen sein lassen, die neuen Gebühren mit den Vertretern der Hochschulen und der Studentenschaft zu beraten und die von diesen Seiten gemachten Vorstöße zu berücksichtigen, soweit das mit den gegebenen Staatsnotwendigkeiten irgend vereinbar war. So ist zu hoffen, daß besonders nachteilige Wirkungen für unsere unter unglücklichen Verhältnissen um ihre geistige Ausbildung ringende Studentenschaft sich nicht ergeben werden. Die Neueingelung tritt mit Wirkung vom 1. Oktober dieses Jahres in Kraft.

Provincial-Nachrichten.

Hiersleben, 1. Sept. (Ökonomischer Sammlungs-). Der frühere anhaltische Landtagsabgeordnete (Hh. Ökonomischer Ludwig Sammlungs) auf Sammlungs bei Hiersleben ist im Alter von 76 Jahren verstorben.

Wetzlar, 1. Sept. (Eine unangenehme Folge). Rath Herr Wetzlar wurde vom Regierungspräsidenten zu Magdeburg um Amie suspendiert. Die Verfügung steht im Zusammenhang mit den Vorfällen bei der Stadttheater in Gießen.

Wiesbaden, 1. Sept. (Das Nachspiel), das für den 3. und 4. September dieses Jahres geplant war, muß mehrfacher Hinterbühne halber aufgegeben werden.

Siegburg, 3. Sept. (Gepfängnis Verammlung). Ein unpolitischer strategischer Maßnahmenvortrag des Generals v. Francks über die Schlacht bei Tannenberg, zu dem die hiesigen Kolonnen eingeladen hatte und der von etwa 1000 Personen besucht war, wurde durch mehrere sozialistische Massen, die in den Saal eindringen, ausgebrochen. Die anwesende Schutzpolizei war den Massen gegenüber machtlos.

Gemüny, 3. Sept. (Vergeltung des holl. Konjunks). Das Gemüny bestehende holländische Konjunkt hat die Einladung des Geburtstages der holländischen Königin die Flagge der Niederlande — Rot-Weiß-Blau — gehißt. Vom Flaggentoller befallene Elemente sammelten sich vor dem Gebäude und verlangten die Einziehung der Flagge. Als diesem Verlangen nicht sofort entsprochen wurde, drang man in das Gebäude ein. Der holländische Konsul, ein Vordirektor, der für die Sicherheit seiner Person insofern der sich ständig mehrenden Demonstrationen fürchtete, ließ sich endlich gezwungen, dem Verlangen der Demonstranten nachzugeben und die Fahne einzuziehen. Der Vorkall wird wahrscheinlich ein diplomatisches Nachspiel haben.

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung“.

Mahnahmen zur Fleischverbilligung.

Auf Grund der Bestimmungen des preussischen Staatskommissars für Vorkernarbeiten hat der preussische Minister des Innern an die Regierungspräsidenten einen Erlaß erlassen, demzufolge eine Vereinfachung der unvollständigen Sammlung zwischen den Lebendviehhändlern und den Kleinviehverkäufern mit allen Mitteln angestrebt werden müsse. Zunächst kommt dabei die Tätigkeit der Preisprüfungsstellen in Betracht, ferner der Abschluß von Viehlieferungsverträgen mit landwirtschaftlichen Genossenschaften sowie die Einrichtung eines einzelnen händlers Fleischverkaufsstellen, Prüfung und Durchführung dieser Maßnahmen sollen in Einklang mit den Bundesstellen erfolgen.

Generalkreisliche in Nürnberg.

Nürnberg, 3. Sept. (Eigene Nachricht). In der Angelegenheit der Betriebsstätte der großen Industrieanlagen wurde beschlossen, auf einen neuen Generalkreis hinzuwirken als Mittel zum Zweck, um die Regierung zur Abhilfe zu bewegen. Man will damit verhindern, die bekannten sozialistischen Forderungen zu verwirklichen. Das Hauptziel soll sein die Lösung Nordmannens vom südlichen Teil zur Erleichterung einer norddeutschen Republik. Auffallend ist, daß diese Umstrukturierung nicht von den Parteiführern, sondern von den diesmal nur vorgeordneten Betriebsräten ausgehen. Man glaubt offenbar nach den Erfahrungen des letzten Generalkreises nach der Ernennung des Abgeordneten Garetz, daß die Masse nicht mehr hinter ihren Parteiführern steht und versucht es deshalb diesmal auf dem Wege über die Betriebsräte. Um die Vertreter über diese neue Umstrukturierung hinwegzuführen, will man ihr als Köder n. a. folgende Bestimmungen machen: 100prozentige Erhöhung des Lohnes und Gehaltes, völlige Steuerfreiheit der Einkommen bis 2000 M. und der Vermögen bis zu 100 000 M. Die „Döhringische Zeitung“ verdon. Auf Grund der Bestimmung des Reichspräsidenten ist die „Döhringische Zeitung“ durch Verfügung des Reichspräsidenten verboten worden.

Universität Frankfurt a. M.

Das Vorlesungsverzeichnis für das am 17. Oktober beginnende Wintersemester ist v. d. Buchh. Blazek & Bergmann, Goethestr. 34, gegen Voreinsendung von Mk. 2.50 zu beziehen. (Postcheck-Konto 11746 Frankfurt-M.)

J. STÜCK-NCH.F.A.G. WEINBRENNEREIEN

HANAU i/M.

REINER WEINBRAND IN FRIEDENSQUALITÄT MARKE: General-Vertreter: Otto Menck, Leipzig-Gohlis, Berggartenstraße 25, Telefon 50962.

General-Vertreter: Otto Menck, Leipzig-Gohlis, Berggartenstraße 25, Telefon 50962.

Vermischtes.

Eine unheimliche Mörderbande verhaftet.

Die Kriminalpolizei verhaftete auf dem Gut Janzin den Sohn des dortigen Besitzers, den Schläger Wilhelm Pfeife, der, wie sich jetzt ergab, vor einem Jahre befehlte den Schwertkriegerbesoldigten Franz Schröder mit einem Dolchstoßen, die schon dazu bereit gemacht waren, er schlugen und die Leiche in den Garten verfrachtet hatte. Pfeife ludte den Schröder, der sich von der Mordfindungsumme als Schwertkriegerbesoldigter ein Loch kaufen wollte, unter dem Vorwand, ihm ein solches zu zeigen, nach Janzin. Wie er im Verhör erklärte, hat er ihn dort unter Beihilfe des Schlägters Johann Schimmel aus Janzin ermorde. Als Pfeife tot war, brachten die beiden Verbrecher das künstliche Bein auf, hielten die 5000 Mark aus dem Arne, nahmen die Uhr und das Portemonnaie und vergruben die Leiche im Garten. Beide Täter liefen sofort die von Schröder mitgebrachte Anzeigung. Nach dem Gehörnis Pfeifes suchte er mit Schimmel und dem Schlägter Wilhelm Schmele lange Zeit hindurch Kaufstücker auf, um sie auf das Grundstück zu laden, dort zu ermorden und zu begraben. Er wollte nur Schröder umgebracht haben.

Eine überlebende Järendotter? Aus Paris dröhnt der Verschickter des Daily Telegraph vom 30. August: Mehrere umfängliche Berichte über den Tod des Erz-Graven von Rußland, der Jarin und aller ihrer Kinder sind in den letzten Jahren erschienen, aber manch einer wird zweifellos falsifiziert sein durch ein Buch, das heute in Frankreich unter dem Titel „Überlebend“ veröffentlicht wird. Die Verfasserin, die sich selbst Marie Marie Verdiche nennt, erklärt, daß sie niemand anderes ist als die Großherzogin

Anastasia (die jüngste Tochter des Jaren) und die einzige Überlebende der russischen kaiserlichen Familie. Sie stellt fest, daß, als sie abgegladigt wurden, sie für tot liegen blieb, und von einem alten Zimmermann aufgenommen wurde, der sie nach am Leben fand, wenigstens fünf verbrüdet, und sie in dem Augenblick in seine Arme nahm, als die besonnenen Volksgenossen die Körper ihrer Angehörigen besprachen um sie zu beerdigen. Sie sagt, daß er sie in seine Hütte mitnahm und sie gesund pflegte, und sie nachher auf einer Reise durch Sibirien nach Wladivostok begleitete, nach Japan und die Vereinigten Staaten ereiselt war. Sie sagt aus, daß sie Unterredungen mit dem Erz-Kaiser und Mr. Wilson, dem früheren Präsidenten der Vereinigten Staaten, gehabt hätte. In Bezug auf das Buch, das heute erscheint, ist festgestellt, daß die amtlichen bolschewistischen Dokumente übereinstimmend berichten, daß der Leichnam eines der Opfer, nachdem die Worte bezogen waren, verschwunden sei.

1 Million 60 000 Franken geraubt. Aus Paris wird gemeldet: Gestern nachmittag wurde in Cette ein Feuer einbruch mer, der eine Million 60 000 Franken bei sich trug, auf der Straße niedergefallen und beraubt. Die Raubanten und Diebstahler verfolgten die drei Räuber in der Nähe des Bahnhofs einspann sich eine wüste Schieberei, bei der zwei Räuber niedergebrosen und ein Polizist verwundet wurden. Der dritte Räuber ergab sich. Einer der Räuber ist tot, der andere schwer verletzt.

Seitfame Blütenzünfte. Die Blütenzünfte muß stets mit der Phantasie des Zuschauers rechnen. In früherer Zeit gingen diese Anforderungen an die Phantasie freilich manchmal etwas allgem. So erzählt J. J. Geist, der Diener und Schreiber Goethes, in einem Brief an Christine Sulpius von der Vorstellung eines Stüdes — „Die neuen Arkibor“ beiteilt —, der er mit August, Goethes Sohn, in einem Dorfe bei Gotha im Juni 1801 betrogen hat: „Beaktion hatte

sein ganzes Gesicht feuerrot gemacht und sich rundum mit sandgefüllten Ärmchen befügt, welche Schlangen vorstellten, so daß bei seinem Toben ein Darm davon aufging und den Wüßel im Orchester in die Augen flog.“ — Nun war das natürlich eine echte und rechte Schmeiere. Aber auch große Schauplätze, berühmtesten damals bewachte „Anfangs-“ vollen Mittelteil nicht, und selbst 50 Jahre später konnte man in ein kurioses Stück Bühnentanz an der damals sehr bestimmten italienischen Schauplätze in Vitoria bestaunen. Wenn die Vitoria nämlich die „Murcha“, eine ihrer damaligen Wagners, spielte, pflegte sie immer sehr „realistisch“ zu sterben, indem sie, sobald sie sich totgefallen hatte, um das aus der Wunde fließende Blut zu markieren, ein Stück — roten Jannells aus dem Busen zog und immer weiter zog, je mehr Blut fließen sollte. Jedemfalls muß das Spiel der Vitoria sehr wirkungsvoll gewesen sein, denn sonst müßte der unglückliche Jannell wohl eher auf die Baumstämme der Zuschauer gestürzt haben als auf ihre erregten Herzen.

Attentat auf Prinz Georg von Serbien. Der „New York Herald“ meldet aus Belgrad: Auf den Prinzen Georg, den älteren Bruder des Königs Alexander wurde auf dem Wege nach Karlsbad ein Attentat verübt. Die Polizei hat den Attentäter, einen Jugoslawen namens Jakob Dost verhaftet. Es wurden besondere Vorkehrungen getroffen, um die Sicherheit des Prinzen auf dem Rest seiner Reise zu garantieren.

Verantwortlich f. d. post. Teil: Gustav Jacob, Marzella; für den polizeimännlichen und den sozialen Teil: Louis für Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger; für Vermischtes und Gerichte: Dr. Karl Baer; für Sport: Curt Graf; für den Anzeigenenteil: A. Rinke. Verlag und Druck: Saale-Zeitung, G. m. b. H.

Dresden-Blasewitz

Schuberstrasse 22
Haushalt, Kochen, Gewerbe, Kunst, Wissenschaften, Sprachen, Bürgerkunde, Säuglingspflege, Allgemeine Bildung, Musik, Sport, Vorzügliche Verpflegung



Landwirte,
düngt mit
Superphosphat
(das ist die wasserlösliche Phosphorsäure)

Jetzt
33% billiger
Zur Erzielung von
Höchst-Ernten
unbedingt notwendig

Alle Düngerhandlungen und Genossenschaften verkaufen
Superphosphat,
Ammoniak = Superphosphat,
Kalk-Ammoniak = Superphosphat.

Deutsche Superphosphat Industrie G. m. b. H.
Berlin W. 62 - Wittenbergplatz 1.

BANKHAUS Fritz Emil Schüler DÜSSELDORF Königsallee 21.

Fernsprech-Anschlüsse:
Nr. 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109 für
Ferngespräche. — Nr. 5403, 5979, 16386, 16295,
8665, 16453 für Stadtgespräche.

Telegr.-Adresse: Effektschüler.

Kohlen-, Kalk-, Erzkuze Unnolierte
Aktien und Obligationen Ausland.
Zahlungsmittel Akkreditive
Scheckverkehr.

Ausführliche Kursberichte.

Mitglied der Düsseldorf, Essener u. Kölner Börsen.
Ausführung von Wertpapieraufträgen an allen
deutschen und ausländischen Börsen sowie
sämtlichen bankgeschäftlichen Transaktionen.



Sebr Bethmann Werkstätten für Wohnzweckkunst Halle 7a Sa.

Br.
Steinstr.
79/80

Mond-Extra



Klingen Rasierapparate
BÜCHERWERKE
BERLIN SW. 61 BELLE ALLIANZSTR. 92
ZU HABEN IN DEN EINZELNIGEN GESCHÄFTEN

Hallesche Röhrenwerke Akt.-Ges. Halle a. S., Fernsprecher 6903.

Centralheizungen aller Systeme. Fabrik- u. Grossraum-Heizungen

Eigene Rohrröhre.

Scheuertücher empfehlen V 335/5 H. Schnee Nachf., Gr. Steinstr. 84.

Einmach-Zucker
(Auslandsware)
1. Verwässerungsgemischener
prima Kristall, 9 Pfd. netto
65.— Mk. frei N. chn.
Otto Heilmann, Köln 137.

Ganze Namen od. Vornamen
sollt mit Zeichen von 30 Jahre
sich, neben roter Schrift auf
weißem Bande H. Schnee
Nachf., Gr. Steinstr. 84.

Patentanwaltsbüro Sach. Leipzig, Brühl 2.

Otto Neitsch & Küper
Maschinenfabrik (Inh. A. Küper)
Halle a. S.
Büro: Prinzenstr. 22. Fabrik: Torstr. 61.
Fernsprecher 6404.
Feld-, Graben- u. Fabrikbahnen,
Gleissell-Ketten- und Aufzugs-
bahnen, Bremsberge, Hänge-
bahnen, Elevatoren, Bandtrans-
portiere, Aufzüge usw.
Maschinenreparaturen jeder Art.

Das Deutsche Töchterheim Goltz

Drei Striche

mit der Bürste und die Stiefel sind blitzblank! Man muß aber Schuhkrem Pilo dazu nehmen.

Verlangen Sie überall Pilo-Extra (friedensmässig hergestellt).

Asthma

kann geheilt werden.
Sprechstunden in Halle:
Magdeburger Str. 60 H,
jeden Sonntagabend von
10—1 Uhr.
Dr. med. Alberts,
Spezialarzt Berlin SW. 11

Offene Stellen
40 Mk. u. mehr tägl. Nebenverdienst
Spezialist No. 30 gratis.
P. Waagenknecht, Berl. Weipitz

Zu verkaufen
Zwecks Aufhebung der Erb-
gemeinschaft will ich meinen

Unterricht

Staatliche Musikschule zu Weimar

Musikbehörde, Gebietsregierung, Kultus-
abteilung, Direktor Professor Bruno
Hinze-Reinhold.

Beginn des neuen Schuljahres
am 22. September 1921.

Näheres durch das Sekretariat.
Weimar, September 1921.
Die Direktoren:
Professor Hinze-Reinhold.

Anteil

(die Hälfte) an gr. Doppels-
grundstück im Zentrum von
Halle a. S., frühere Wohn-
nussanlage, verkehrsgünstig, in-
teressanter w. Offert, unter
H. 11230 an Ala-Haasen-
stein & Vogler, Chemnitz
einzutreten.

Wohn- u. Geschäftshaus
m. gr. Schöne Stiegen und
Wohnraum, Stall, Garten,
f. jed. gewerblich oder land-
wirtschaftlich Betrieb geeignet,
für Mk. 125 000.— bei größt-
möglichst sofort verkehrlich
Eckenberg & Co., Hannover.

Vermischtes

Von der Reise zurück

Privatdozent
Dr. W. Lindemann
Frauenarzt

wohnt jetzt Martinsberg 16 I.
Ferruf. 6511.

Photogr. Platten la.

hochempfl., f. Zeit u. Mom.
9 12-18, 10 15-23, 13 18-30—
10 Postk 3.—
Hochstr. 3 pt.

Preiswert u. gut

kaufen Sie sämtliche
Unterzeuge,
Strampfware
in dem ersten Spezialgeschäft.
H. Schnee Nachf.,
Gr. Steinstraße 84,
Geändert 1838.

Perser-Teppiche

Ein Vollen kolbarer, schöner, echter
für Speise-, Herren-Zimmer
Verbindungsstücke sind geflochten ebenfalls auch
einzelne an Prinzipal-Größen — seitlich predich
preiswert verkehrlich. Offerten von 1000 Mk.
Reflexionen erbet. unt. J. C. 3781 a. d. Exp. d. Jg.

Rein's
Durchschreib-
Bücher.
Edward Rein, Chemnitz.
Rein's Farbpapier

Bankhaus Paul Schauseil & Co.

Halle a/S., Bitterfeld, Delitzsch, Ellenburg,
Gräfenhainichen.

An- und Verkauf von Wertpapieren, ausländischen Banknoten und Geldsorten.

Scheck- Konto-Korrent- Wechsel- Verkehr.

Domizilstelle für Wechsel.
Einlösung von Zinnscheinen.

Annahme und Verzinsung von Spar-Einlagen (Depositen).

Stahlkammer

mit verbleibaren Schlössern